

**Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Finanzausschuss**

11.12.2025

Niederschrift

über die Sitzung des Finanzausschusses am Mittwoch, 03.12.2025

Sitzungsort:

Neubrandenburg, Berufsfeuerwehr, Ziegelbergstraße 50, Raum 2.2.47

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:30 Uhr

Anwesenheit:

Anwesend:

Vorsitzende/Vorsitzender

Ratsherr Jens Kreutzer

stellv. Vorsitzende/Vorsitzender

Ratsherr Heiko Schröder

Gremiumsmitglied

Ratsherr Holger Hanson

Herr Thomas Knuth

Ratsfrau Caterina Muth

Frau Anja Schewe

Ratsfrau Yvette Schöler

Ratsherr Hans-Jürgen Schwanke

stellv. Gremiumsmitglied

Herr Detlef Schimank

Vertretung für Ratsfrau Sigrid Strelow

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Begrüßung

Die Sondersitzung des Finanzausschusses wird durch **Ratsherrn Kreutzer**, Vorsitzender des Finanzausschusses, eröffnet.

TOP 2 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Ratsherr Kreutzer stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Anwesenheit von 9 Mitgliedern des Ausschusses fest. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

TOP 3 Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)

Frau Piotrowski informiert, dass in die Stadtvertretersitzung am 11.12.2025 eine Vorlage eingebracht wird, welche die überplanmäßige Aufwendung/Auszahlung des Zuschusses für die Stadtbeleuchtung – Nachkalkulation Beleuchtungsentgelt 2024 beinhalten wird.

Des Weiteren wird es ein drittes Änderungsblatt zum Haushalt geben. In diesem gibt es eine Änderung in der Stellenübersicht im Wirtschaftsplan und zusätzlich werden die Wesentlichkeitsgrenzen für die Nachtragspflicht in den Anordnungen wieder auf 2% geändert, bei welchen auf 5% gegangen wurde.

TOP 4 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

TOP 5 Abhandlung der bestätigten Tagesordnung

TOP 6 Doppischer Haushaltsplan 2026

Band 1	Haushaltssatzung und Anlagen
	Ergebnishaushalt/Finanzhaushalt
Band 2	Stellenplan
Band 3	Wirtschaftliche Unternehmen
Vorlage: BV/VIII/0203	

An dieser Stelle weist **Ratsherr Kreutzer** darauf hin, dass die ersten Vorschläge übermittelt wurden, welche Anhaltspunkte für die weiteren Überlegungen und Diskussionen rund um den Haushalt für das kommende Jahr oder auch für die kommenden Jahre sein können. Die Verwaltung hat erste Hinweise und Bewertungen vorgenommen, auf welche Frau Piotrowski ein Stück weit eingeht.

Frau Piotrowski stellt die größten Änderungen des 2. Änderungsblattes des Haushaltsplans 2026, Band 1 bis 3 und des 1. Änderungsblattes des Haushaltsplans 2026, Band 4 in der Präsentation (Anlage 1) vor.

Ratsherr Schröder fragt, warum jetzt 160 TEUR bei den Mieten für die Kultureinrichtungen mehr ausgewiesen werden. Waren die Mietverträge nicht bekannt, wurde zusätzlich angemietet und wenn ja, warum oder woran liegt es?

Herr Maßmann antwortet, dass die Betriebskostenabrechnung zwischen dem 1. und 2. Änderungsblatt für das Jahr 2024 eingegangen ist und dadurch höhere Vorausleistungen zu zahlen sind. Es handelt sich nicht um Kosten für Zusatzanmietung und Mietkostensteigerung.

In Folie 12, aus der Präsentation Anlage 1, geht **Frau Piotrowski** auf die Vorschläge zur Haushaltsverbesserung ein und bedankt sich für die umfangreiche Zuarbeit. Die Verwaltung hat die Anfragen beantwortet. Die Diskussion jeder vorgeschlagenen Maßnahme im Rahmen des Finanzausschusses wird als ineffizient eingeschätzt. Es wird vorgeschlagen, diese zu kategorisieren und entsprechend der Kategorien zu behandeln. Die Behandlung könnte in einer Arbeitsgruppe, die sich systematisch damit auseinandersetzt und im Januar beginnt, erfolgen.

Ob die aktuellen Vorschläge einen wesentlichen Einfluss auf die Haushaltslage, im Haushaltsplan 2026 haben wird, glaubt Frau Piotrowski nicht. Deswegen bittet sie darum, den Haushaltsplan im Dezember zu beschließen. Das hindert nicht daran, mehr Einnahmen zu generieren oder weniger Aufwendungen oder Auszahlungen vorzunehmen.

In einer letzten Folie 12, aus Anlage 1, stellt **Frau Piotrowski** die Änderungen in der Verwaltungsstruktur vor, die der Oberbürgermeister am 27.11.2025 im Hauptausschuss schon vorgestellt hat. Diese Änderungen, die für 2026 wirksam werden, werden auf Grund der Umstellung der Buchungssoftware, nicht mehr in den Stellenplan und auch nicht im Haushaltsplan eingearbeitet.

Die **sachkundige Einwohnerin Frau Schewe** hinterfragt, ob die Juristenstelle und die Verwaltungsstelle bei Verlagerung gleich dotiert sind.

Frau Piotrowski bestätigt, dass die Stellen nicht gleich bewertet sind. Die Verwaltungsprüferstelle ist mit einer EG 11 und die Juristenstellen mit EG 13 bewertet.

Ratsherr Schröder möchte wissen, ob sich nur die Stelle ändert oder wird sich daraus auch noch eine andere Aufstockung im Stellenbereich ergeben, die bisher aus dem Haushalt nicht zu ersehen ist.

Man muss sich natürlich das neue Aufgabenvolumen anschauen und bewerten um am Ende das finale Ergebnis zu erhalten, antwortet **Herr Grömke**. Bei der Juristenstelle reden wir wahrscheinlich über eine EG 13 / A13 und beim Verwaltungsprüfer über die EG 11. Bei der Stelle von Herrn Bachmann handelt es sich um eine EG 14 und gibt zu bedenken, dass der Mitarbeiter der geht, in der Regel eine lange Dienstzeit hat und daher in einer sehr hohen Erfahrungsstufe eingestuft ist. Ein neuer Mitarbeiter, hat oft noch nicht die hohe Erfahrungsstufe.

Ratsherr Schröder widerspricht zum Teil den Aussagen, da es auch davon abhängt ob es um einen Beamten oder Angestellten geht. Bei den Angestellten gibt es 6 Erfahrungsstufen und bei den Beamten geht es bis Erfahrungsstufe 12.

Ratsherr Kreutzer führt zurück auf die Idee, die Frau Piotrowski bereits geäußert hat. Die Rückmeldung der Verwaltung zu den unterschiedlichen Ideen, die aus den Fraktionen oder auch von einzelnen Ratsfrauen und Ratsherren kamen, wirken ein Stück weit so, als ob alles nicht geht und gleichförmig beantwortet wurde. Deswegen schlägt auch er vor, tatsächlich im Rahmen einer AG, wirklich themenbezogen, Haushaltssitzungen, wahrscheinlich in mehreren Etappen, mit der Verwaltung zusammen abzuhalten und nach Lösungen zu suchen, um den Haushalt in den Griff zu bekommen. Unabhängig von dem, was in der kommenden Woche beschlossen oder auch nicht beschlossen wird.

Ganz viele Vorschläge, die aus den Fraktionen oder auch von einzelnen Ratsfrauen und Ratsherren kamen, zielten auf Baumaßnahmen hin und die Antwort war immer die gleiche. Es braucht daher zwischen den Vertretern im politischen Raum und der Verwaltung einen anderen Blick oder ein Umdenken. In einer Arbeitsgruppe kann mit der Verwaltung zusammen darüber nachgedacht werden, was wollen wir tatsächlich zukünftig in dieser Stadt machen, was wollen wir erreichen, was wollen wir bauen, was vielleicht noch nicht geplant ist, oder wo wir vielleicht noch nicht ganz so weit sind und noch keine Förderbescheide bekommen haben.

Zu dieser Idee eröffnet Ratsherr Kreutzer die Diskussion.

Ratsfrau Schöler bedankt sich bei der Verwaltung und Frau Piotrowski, dass man sich der Vorschläge angenommen hat und sagt, dass es herausfordernde Zeiten sind. Es gibt ein strukturelles Problem und hier geht es nicht nur um Neubrandenburg, es geht allen Gemeinden und allen Städten so. Und die Frage ist: Was können wir überhaupt einsparen? Natürlich muss man sich anschauen, was ist pflichtig, was ist freiwillig. Aber wenn an freiwilligen Leistungen gespart wird, was bleibt dann den Menschen in der Stadt? An pflichtigen Leistungen kann so gut wie nicht gespart werden und deswegen appelliert Ratsfrau Schöler an dieser Stelle vor allem an den politischen Raum. Jeder, der die Möglichkeit hat, irgendwo den Druck dahin zu schieben, wo er hingehört, also nicht nur in die Verwaltung, sondern mindestens auf Landesebene, der sollte das nutzen. Es geht darum, diese strukturellen Probleme, dieses Verschieben von Aufgaben, ohne dass diese vernünftig ausfinanziert sind, zu adressieren.

Nichtsdestotrotz findet sie die Idee, dass miteinander geredet wird gut. Aber sie glaubt auch, dass damit kein ausgeglichener Haushalt hinbekommen wird und ist der festen Überzeugung, dass vielleicht noch nicht mal eine Halbierung des Defizits möglich ist. Das Bestreben ist trotzdem Richtig und Wichtig. Sie betont nochmals, dass das strukturelle Problem anders gelöst werden sollte.

Ratsherr Kreutzer stimmt zu, dass das ein ganz wichtiger Punkt ist.

Ratsfrau Muth findet die Idee gut, von Januar an über die Haushaltsphase zu reden und nicht erst im Herbst, wenn der Haushalt vorliegt. Die Idee einer Arbeitsgruppe findet sie nicht gut und fragt nach der konkreten Vorstellung. Sie kann sich eher vorstellen, dass wir den Gedanken als Finanzausschuss aufgreifen mit jeder Finanzausschusssitzung fragen, gibt es jetzt ein Thema, das dann zukünftig in den Haushalt einfließen wird. Auch wenn dadurch die Tagesordnungen verlängert werden. Es muss sich die Frage gestellt werden, bestimmte Investitionen wirklich realisiert werden sollen in dieser Stadt Insbesondere im Hinblick auf weiteren geplanten Investitionen.

Ratsherr Hanson stimmt den Ausführungen von Ratsfrau Muth zu. Wichtig ist, dass in einen gemeinsamen Denkprozess eingetreten wird und dass das Defizit, was entstanden ist oder was vor uns liegt, weder halbiert noch eliminiert werden kann. Es ist eine gute Idee, sich in einer Arbeitsgruppe, unabhängig von ihrer Struktur, zusammenzufinden, um vorbereitend für den Finanzausschuss einzelne Ergebnisse zu präsentieren und zu diskutieren, was möglich ist und was nicht. Es ist zu beachten, dass diese Arbeitsgruppe z. B. auch Mitglieder des Betriebsausschusses umfassen muss. Weil zahlreiche Aspekte, vom normalen Kostenaufwand bis zu Investitionen, eine bedeutende Rolle spielen, denn spätestens ab dem Jahr 2027 beschäftigt sich die Stadt uns mit der Frage der Haushaltssicherung. Auch von der einen oder anderen mit Fördermitteln gedachten Maßnahme, muss sich möglicherweise, mit Blick nach vorne, verabschiedet werden. Die Belastungen für die Zukunft bleiben bestehen. Was das konkret heißt, muss man debattieren. Auch wenn andere Städte eine ähnliche Situation haben, kann dies nicht zum Anlass genommen werden nichts zu tun.

Ratsherr Schwanke würde nicht die Formulierung „Arbeitsgruppe“ verwenden, sondern den Vorschlag von Frau Muth aufgreifen und eine Finanzausschusssitzung nutzen, um zu Beginn des Jahres Maßnahme für Maßnahme zu prüfen, ob sie umgesetzt wird oder nicht. Er betont nochmals, dass wir in Neubrandenburg leben, seiner Heimatstadt, wo Menschen wohnen. Wenn wir die Substanz hier auflösen im Interesse von Defiziten, die aus anderen Quellen stammen, wäre er nicht einverstanden.

Ratsherr Kreutzer gibt einen kurzen Input in die Diskussion und erinnert daran, dass er als Ausschussvorsitzender schon zweimal den Hinweis bekommen hat, dass die Agenda dieses Ausschusses oft sehr lang ist. Die derzeitige Idee würde die Agenda nicht verkürzen, und bei einer ernsthaften Diskussion wäre dies ein wesentlicher Punkt auf der Tagesordnung. In der AG sind nicht alle Mitglieder Teil dieses Ausschusses. Es können Einzelpersonen, Mitglieder des Betriebsausschusses oder auch einfach Interessierte sein.

Ratsherr Schröder äußert, dass beim Durchlesen der Antworten auf die Vorschläge stets zu vernehmen ist: Geht nicht, möchte ich nicht, will ich nicht. Ehrlichkeit umfasst auch das Eingehen von Kompromissen, weshalb eine AG sinnvoll ist. Wenn der Haushalt genehmigt wird, stellt sich die Frage, ob alle Maßnahmen in ihrer aktuellen Form beschlossen wurden. Welchen Effekt soll diese Arbeitsgruppe dann erzeugen? Kann diese AG einen bestehenden Beschluss ändern, wenn dieser bereits im Haushalt enthalten ist? Ein Beschluss heißt, diese Maßnahme ist durchzuführen. Z. B. der Beschluss mit den Wertschließfächern am Augustabad. Diese 50 TEUR sollen jetzt umgewidmet werden für den Handballverein Fortuna.

Frau Rathsack weist darauf hin, dass der Beschluss zu den Schließfächern an den Badestellen unter ein Haushaltsfinanzierungsvorbehalt gestellt wurde. Das heißt, wenn jetzt in diesem Haushalt gesagt wird, dass die Schließfächer rausgenommen werden, dann kommen da keine Schließfächer hin. **Ratsherr Kreutzer** hinterfragt noch einmal die Antwort. Es steht der Stadtvertretung frei, Projekte, die wir uns vorgenommen haben und geplant sind, durch Beschlüsse nicht fortzuführen? **Frau Rathsack** antwortet, dass die Stadtvertretung sogenannte überholende Beschlüsse fassen kann. Der Bürgermeister müsste jedoch Widerspruch einlegen, wenn Beschlüsse gefasst würden, die tatsächlich zur Rückzahlung von Millionenbeträgen an Fördermitteln führen würden. Wurde zu einem bestimmten Zeitpunkt beschlossen, aus Eigenmitteln eine Bank zu errichten, diese Maßnahme aber auch nach zwei Jahren noch nicht umgesetzt und hat die Stadtvertretung inzwischen die Auffassung vertreten, dass die Bank nicht mehr erforderlich ist, kann die Stadtvertretung selbstverständlich einen neuen Beschluss fassen, der die Nichtumsetzung der Maßnahme festlegt.

Die **sachkundige Einwohnerin Frau Schewe** lehnt die Einrichtung eines zweiten beschließenden Gremiums innerhalb der Stadtverwaltung ab. Sie stimmt Ratsherrn Hanson zu, ein Gremium, das als Kommunikations-, Ideen- und Brainstorming-Plattform fungiert und fachbereichs- sowie Ausschussübergreifend arbeitet, sinnvoll ist. Dieses Gremium soll zum Wohle der Stadt konstruktive Lösungsansätze entwickeln und diese anschließend in die jeweiligen Ausschüsse einbringen. Im politischen Raum gilt es sorgfältig abzuwägen, welche Dinge sind notwendig, was können wir uns leisten und welche finanziellen Auswirkungen haben diese in Bezug auf evtl. zusätzliche Personalstellen?

Ratsherr Hanson kann dem Haushalt in der jetzigen Form am 11.12.2025 nicht zustimmen und ist für eine Verschiebung in den Januar. Für die Fraktion Projekt NB sind zu viele Vorlagen enthalten, die mit Änderungsblättern nicht mehr abzuwenden sind. Dies betrifft z.B. die Wertschließfächer am Brodaer-Strand welche wirtschaftlich unvertretbar sind. Der Arbeitskreis wird als ein ausschließlich beratendes Element im Finanzausschuss verstanden, ohne beschließende Funktion. Diesem stimmt Herr Hanson zu, weil es sich um ein kleines Gremium handelt was effizient zusammen mit der Verwaltung arbeiten kann und Maßnahmen weiterverfolgt oder an Acta legt. **Ratsherr Kreutzer** bejaht, dass das Gremium über welches gesprochen wird, kein beschließendes Gremium sein wird. Es wird bald Gespräche über einen neuen Haushalt geben, und es werden ähnliche Diskussionen stattfinden wie die aktuellen. Daher ist es sinnvoll, sich in einem beratenden Gremium, rechtzeitig mit den Dingen zu befassen, die im nächsten Haushalt nicht mehr erscheinen sollen.

Frau Piotrowski antwortet auf die Frage von Ratsherr Kreutzer, was es bedeuten würde, anknüpfend an Ratsherrn Hanson, wenn der Haushalt nicht beschlossen wird. In der Vergangenheit wurde bereits ein Haushaltsplan im Februar beschlossen. Ab dem 01.01.2026 werden wir in die vorläufige Haushaltsführung übergehen. Das bedeutet, es dürfen bestimmte Ausgaben nicht getätigt werden. Nur bei gesetzlich oder vertraglichen Verpflichtungen darf gehandelt werden dies betrifft auch die freiwilligen Leistungen. Es dürfen keine neuen Investitionen getätigt werden. Ein späterer Beschluss des Haushaltes zieht eine spätere Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde nach sich. Kapazitäten in der Verwaltung werden dadurch für Mittelfreigaben gebunden und es müssen Anträge gestellt werden, auf eine vorzeitige Mittelfreigabe, welche in der Kämmerei geprüft und dann von Frau Piotrowski beziehungsweise vom OB freigegeben werden. Damit werden in allen Bereichen Kapazitäten gebunden. Daher stellt sich die Frage, was sich noch wesentlich an diesem Haushalt ändern sollte, wenn der Beschluss im Februar erfolgt.

Ratsherr Kreutzer sieht dies als einen entscheidenden Aspekt an und erklärt, dass ein strukturelles Problem vorliegt, das bis Februar und auch im März nicht gelöst sein wird. **Ratsherr Schröder** stimmt zu, dass ein strukturelles Problem vorliegt. Weder auf Landes- noch auf Bundesebene wird jemand das Problem der Stadt lösen. Das gilt auch für andere

Kommunen, jedoch liegt dort teilweise ein Beschluss der Stadtvertretung vor, dass ein ausgeglichener Haushalt ohne Steuererhöhungen vorzulegen ist. Es wurden Vorschläge von den Fraktionen Projekt NB, der CDU sowie Ratsfrau Muth zur Verbesserung des Haushaltes unterbreitet. Die zweite und dritte Änderung, die jetzt kamen, sind auf politischer Ebene nach dem FAG entschieden worden. Vorschläge der Verwaltung wurden nicht eingebracht.

Ratsherr Hanson erklärt, dass offensichtlich ist, dass eine Verzögerung zudem führt, was Frau Piotrowski genannt hat. Dies stellt jedoch auch die Grundlage für eine Verbesserung der Disziplin im Umgang mit Ausgaben dar.

Ratsherr Kreutzer fragt, in Anschluss an Ratsherrn Schröder, unter der Annahme, dass die Verwaltung den Auftrag erhält, alles neu zu machen und mit einem ausgeglichenen Haushalt zurückzukommen. Welcher Anteil entfällt auf die freiwilligen Aufgaben? Wäre es überhaupt möglich, den Haushalt auszugleichen, wenn keine freiwilligen Maßnahmen mehr ergriffen werden? Ein Defizit von 20 Millionen Euro macht es schwierig.

Frau Piotrowski antwortet, dass der gesetzliche Haushaltsausgleich dargestellt wird. Die Mitglieder des FA meinen vermutlich den jahresbezogenen Ausgleich im Finanzhaushalt. Auch der Effekt durch die vorgeschlagenen Einsparmöglichkeiten ist nicht so groß, dass 23 Mio. Euro ausgeglichen werden. Wenn ein Haushaltsausgleich, also der jahresbezogene Ausgleich darzustellen wäre, würde die Verwaltung dies sofort umsetzen.

Ratsherr Kreutzer findet die Formulierung aus der Verwaltung, dass diese freiwilligen Leistungen und die Gelder, die Stadt lebenswert machen gut und bittet darüber nachzudenken, ob es wirklich realistisch ist jetzt alles zusammenzustreichen, weil es gute Gründe gibt, warum wir uns das ein oder andere freiwillige Angebot leisten. Wenn es nicht gelingt, diesen Haushalt auszugleichen, ist es ein Antrieb kritisch auf jeden Posten zu gucken. In einem beratenden Gremium, mit Blick nach vorne, damit zukünftige Haushalte frühzeitig mit anderen Schwerpunkten versehen werden oder von vornherein zu sagen, diese Maßnahme wird nicht weiterverfolgt.

Ratsherr Schröder ist der Meinung, dass 1 bis 2 Mio. Euro einzusparen sind, wenn sich das ein oder andere noch angeschaut wird. Bereits im letzten Jahr wurde darauf hingewiesen, langfristige Veränderungen durchzuführen und deswegen ist der Vorschlag mit den Arbeitsgruppen positiv zu sehen, wenn konstruktiv zusammengearbeitet und am Ende ein positives Ergebnis erzielt wird.

Frau Piotrowski antwortet, auch die Verwaltung möchte nicht in die Haushaltskonsolidierung kommen. Wenn es ein Einsparpotenzial von 1 Million Euro gäbe, dass ab dem 1.1. tatsächlich wirksam wird, dann würde dies auch eingeplant.

Der **sachkundige Einwohner Herr Schimank** hinterfragt, ob die Höhe des FAG feststeht.

Frau Piotrowski antwortet, dass die Orientierungsdaten jetzt vorliegen und da ist das Gutachten und auch das neue FAG enthalten.

Ratsherr Kreutzer bricht die Diskussion an dieser Stelle ab und richtet die Frage an Frau Rathsack, wie ein solches Gremium tatsächlich implementiert werden kann. Sollte der Finanzausschuss einen Beschluss fassen oder wird der Wunsch an das Büro der Stadtvertretung herangetragen?

Frau Rathsack antwortet, dass es darauf ankommt was die Mitglieder des Finanzausschusses möchten. Möchten Sie einen Ausschuss bilden, der Sitzungsgelder bezieht, dann muss der Beschluss der Stadtvertretung erfolgen. Soll es ein unverbindlicher Arbeitskreis sein, sollte überlegt werden in welchen Räumen dieser sich trifft, da nicht klar ist ob wir Räume zur Verfügung stellen können.

Ratsherr Kreutzer schlägt, nach weiteren Hinweisen von den Finanzausschussmitgliedern, folgende Formulierung für ein Anschreiben an die Stadtvertreter / sachkundigen Einwohner, welches durch das Büro der Stadtvertretung versandt wird vor:

Der Finanzausschuss beschließt die Bildung eines beratenden Gremiums. Dieses Gremium soll aus maximal 12 Stadtvertretern und / oder sachkundigen Einwohnern

bestehen. Die Zusammensetzung kann themenbezogen flexibel im Rahmen der Maximalanzahl gestaltet werden. An den Sitzungen wird ebenfalls die Verwaltung mit den jeweils zuständigen Personen teilnehmen. Ziel ist die intensive Auseinandersetzung mit den Herausforderungen des Haushaltes, um ein drohendes Haushaltssicherungskonzept abzuwenden. Für die Sitzungen besteht kein Anspruch auf Sitzungsgeld.

Dieser Vorschlag wird mit 7 Ja, 1 Nein und 1 Enthaltung angenommen.

beraten

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 7 Doppischer Haushaltsplan 2026
Band 4 Städtebauliches Sondervermögen
Vorlage: BV/VIII/0204**

beraten

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

gez. Jens Kreutzer
Ausschussvorsitzender

gez. Cindy Fischbuch
Protokollantin